Gemeindeparlament
Freiestrasse 6, Postfach
8952 Schlieren
Telefon 044 738 15 73
gemeindeparlament@schlieren.zh.ch

Stadt
Schlieren

Protokoll

5. Sitzung Gemeindeparlament vom Montag, 7. Juli 2014, 18:00 Uhr - 20:40 Uhr
Salmensaal, Uitikonerstrasse 17, Schlieren

Vorsitz	Rolf Wegmüller, Präsident
Protokoll	Arno Graf, Sekretär
Anwesend	34 Parlamentsmitglieder (1 Vakanz) 6 Stadtratsmitglieder
Entschuldigt	Daniel Tännler
Gäste	Keine

46/2014 16.04.10 Traktandenliste Gemeindeparlament
Sitzung vom 7. Juli 2014

Der Parlamentspräsident erklärt, dass Traktandum 4, Vorlage Nr. 6/2014: Antrag des Stadtrates auf Genehmigung des Energieplans 2014, von der GPK noch nicht verabschiedet wurde und folglich auf die nächste Sitzung verschoben werden muss.

47/2014 16.04.10 Mitteilungen Gemeindeparlament 2014 - 2018
Sitzung von 7. Juli 2014

Protokoll

Das Protokoll der 4. Sitzung des Gemeindeparlamentes vom 23. Juni 2014 wurde vom Büro an der Sitzung vom 1. Juli 2014 genehmigt.

Rücktritt aus der GPK

Wendy Buck (SP), Mitglied der GPK, kann als eine von wenigen eine Ausbildung an der Universität in Basel machen, weshalb sie ihren Rücktritt aus der GPK geben wird.

48/2014 16.04.04 Fraktionserklärungen, persönliche Erklärungen
Persönliche Erklärung von Béatrice Miller vom 7. Juli 2014

Béatrice Miller (SP) erklärt, dass sich das Limmattal endlich gegen den Fluglärm wehrt. Letzte Woche haben die Gemeinde- und Stadtpräsidenten des Limmattals einen Brief an den Regierungsrat geschrieben. 92‘000 Flugzeuge oder rund zwei Drittel starten jährlich über das Limmattal. Sie vermisst am Wochenende und am Abend die Ruhe. Anhand einer Grafik zeigt sie, dass Schlieren mitten in den Flugrouten liegt. Sie dankt dem Stadtpräsidenten, dass er den Brief mitunterzeichnet hat, ist aber der Meinung, dass dies noch nicht reicht. Der Stadtrat sollte generell dem Thema Lärm mehr Beachtung schenken, damit Schlieren im Bereich Wohnqualität attraktiver wird. Es braucht Leute aus dem Mittelstand und dem oberen Mittelstand, die in Schlieren wohnen möchten, damit die Sozial- und Bildungsausgaben bezahlt werden können. Das Parlament bittet sie, die Anstrengungen des Stadtrates zu unterstützen.

49/2014 16.04.04 Fraktionserklärungen, persönliche Erklärungen
Fraktionserklärung SP/Grüne vom 7. Juli 2014

Özlem Dogan (SP) erklärt, dass die Parlamentsmehrheit an der Sitzung vom 23. Juni 2014 eine Ausarbeitung der Volksinitiative durch den Stadtrat befürwortete. Dieses Vorgehen hält die Fraktion SP/Grüne aus drei Gründen für falsch. Es ist eine Verschleuderung von Steuergeldern, wenn Stadtrat und Verwaltung eine Vorlage ausarbeiten sollen, nur damit sie nachher abgelehnt wird. Weiter besteht die Gefahr, dass die Vorlage trotzdem angenommen wird. Schliesslich wird das widersprüchliche Verhalten – ausarbeiten und dann ablehnen – in der Öffentlichkeit als „Spielchen“ wahrgenommen und untergräbt das Vertrauen in die Politik. Es ist sehr bedauerlich, dass der Gegenvorschlag kaum zur Kenntnis genommen wurde. Über 600 Stimmberechtigte, welche die Initiative unterschrieben haben, werden durch das Verhalten des Parlamentes vor den Kopf gestossen und links liegen gelassen. Die Fraktion SP/Grüne bedauert den negativen Entscheid des Parlamentes.

50/2014 16.04.33 Geschäftsbericht 2013
Beschluss GP: Vorlage Nr. 12/2014: Antrag des Stadtrates auf Abnahme des Geschäftsberichtes 2013

Referent des Stadtrates: Toni Brühlmann
Ressortvorsteher Präsidiales

Antrag an das Gemeindeparlament:

1. Der Geschäftsbericht für das Jahr 2013 wird im Sinne von § 35 Ziff. 2 der Gemeindeordnung abgenommen.
2. Dieser Beschluss fällt in die abschliessende Zuständigkeit des Gemeindeparlamentes.

Abschied der Geschäftsprüfungskommission

Die GPK hat die Vorlage geprüft und empfiehlt sie einstimmig zur Annahme.

Schlieren, 25. Juni 2014

Der Präsident: Peter Seifriz
Die Protokollführerin: Claire-Lise Rüst

Bericht der GPK; Peter Seifriz

Peter Seifriz erklärt, dass insgesamt 78 Fragen zum Geschäftsbericht eingereicht wurden, wovon die GPK 60 an den Stadtrat weiterleitete. Diese wurden alle pünktlich beantwortet, wofür er sich bedankt. Schliesslich kam es bei 5 Antworten noch zu Nachfragen und an der Sitzung vom 4. Juni wurden weitere Fragen gestellt, welche das Präsidiale betrafen, weshalb der Stadtpräsident und der Geschäftsleiter gebeten wurden, diese an der nächsten Sitzung zu beantworten. Die Fragen betrafen den Stellenbeschrieb der Fachstelle Kommunikation, der vermutlich überarbeitet werden sollte, die Fluktuation der Stadtangestellten, welche aufgrund des veralteten Lohnprogramms nicht eruiert werden konnte, und den Personalausschuss. Letzterer besteht lediglich aus drei Stadträten ohne städtische Angestellte. Er hat nie getagt, da die Personalgeschäfte direkt im Stadtrat behandelt wurden. Schliesslich wurde erklärt, dass eine gute Zusammenarbeit mit dem VPOD bestehe und die Vorlage zur Personalverordnung ihm zur Stellungnahme zugestellt wurde.

Auf dem Bild auf Seite 4 sieht man Schlieren und Umgebung aus der Vogelperspektive. Dabei sieht es so aus, als würde das Spitalquartier zu Urdorf gehören, ein Quartier, das es verkehrspolitisch ohnehin nicht einfach hat. Für den Anlass der Neuzuzüger und Eingebürgerten wurden 1610 Einladungen verschickt und 85 Personen sind erschienen. Es ist sehr fraglich, ob Anlässe in dieser Form Sinn machen. Weiter wäre es hilfreich gewesen, wenn man geschrieben hätte, dass alle 10 Lernenden die Abschlussprüfung mit Erfolg bestanden haben. Bezüglich der Schreibfehler, vor allem bei den farbigen Seiten, wird die Verwaltung gebeten, darauf in Zukunft mehr zu achten. Abschliessend bedankt er sich bei allen, die zu diesem gelungenen Geschäftsbericht ihren Beitrag geleistet haben und unkompliziert Auskunft erteilten. Die GPK empfiehlt einstimmig die Abnahme des Geschäftsberichtes.

Allgemeine Diskussion

Jürg Naumann (QV) erklärt, dass der Quartierverein den Geschäftsbericht positiv aufgenommen hat. Die wichtigsten Gegebenheiten und Ereignisse sind dokumentiert und die Fotos sind dieses Mal am richtigen Ort und gut beschriftet. Er bedankt sich bei der Verwaltung für den interessanten Rückblick und bei der GPK für die guten Fragen bzw. beim Stadtrat und der Veraltung für die guten Antworten. Schade ist, dass keine Angaben zur Fluktuation in der Stadtverwaltung gemacht werden

konnten. Zudem wäre es eine Wertschätzung, wenn die Angestellten erwähnt würden, welche ein Dienstjubiläum hatten oder in den Ruhestand gingen. In der Personalabteilung ist generell ein grosser Nachholbedarf. Wünschenswert wären weiter genauere Informationen zu den Eintritten im Schwimmbad oder zu den Kunden der Stadtbibliothek. Speziell ist, dass Ehepaare oder eingetragene Partnerschaften bei den Steuerpflichtigen nach Einkommensstufen als einen Steuerpflichtigen gezählt wurden. Beim Stromverbrauch könnte man als positive Nachricht auch die eigene Stromproduktion, z.B. aus Sonnenenergie oder aus dem Heizblockkraftwerk des Schwimmbades, auflisten und beim Steuerfuss würde die Entwicklung in den umliegenden Gemeinden auch interessieren. Zudem haben sich einige Fehler eingeschlichen, welche nicht vorkommen sollten.

Reto Bär (EVP) erwähnt in Bezug auf das Titelbild, dass die Feuerwehr 2013 sehr viele Einsätze hatte und einen grossartigen Job gemacht hat. Auch die Schreibfehler und die Abbildung, welche das Spitalquartier nicht zu Schlieren zählt, sind aufgefallen. Solche Dinge sollten nicht passieren, aber viel wichtiger ist der Inhalt des Geschäftsberichtes und der war sehr informativ und lesenswert. Die Fraktion CVP/EVP bedankt sich bei allen Mitwirkenden und wird dem Geschäftsbericht einstimmig zustimmen.

Pascal Leuchtmann (SP) erklärt, dass der Bericht ansprechend gestaltet ist und im Gegensatz zu früher die Texte eine gleichmässig gute Qualität haben. Er bedankt sich bei der Verwaltung für die solide Arbeit. Gewundert hat er sich über die Ausführung zu HRM2, denn dies betrifft die Zukunft und gehört nicht in einen Geschäftsbericht. Bezüglich der Druckfehler schlägt er vor, dass man diese korrigieren könnte und dann die bereinigte Form auf der Homepage publizieren. Wenn der Bericht schon vor der Genehmigung durch das Parlament publiziert wird, sollte zumindest ein Hinweis über die Vorläufigkeit nicht fehlen. Die Fraktion SP/Grüne wird den Bericht als Ganzes abnehmen.

Detailberatung

S. 12-18 Präsidiales

Béatrice Miller (SP) bemerkt zur Seite 17, Absatz 2, dass die Neuzuzüger an der Begrüssungsveranstaltung Anliegen anbringen konnten und sie sich unter anderem über Lärm beklagt haben. Letztes Jahr stand auf der Homepage der Stadt Schlieren, dass es kaum Fluglärm gebe, was einer Irreführung gleichkommt. Dies wurde auf ihre Intervention hin gelöscht. Möglicherweise ging es auch um andere Lärmquellen. Im gesamten Geschäftsbericht werden aber nirgends Massnahmen zur Lärmbekämpfung erwähnt. Sie hofft, nächstes Jahr über Erfolge in der Lärmbekämpfung lesen zu können.

Pascal Leuchtmann (SP) äussert sich zur Standortförderung. Der Standortförderer leistet im Bereich Wirtschaftsstandortförderung gute Arbeit. Auf Seite 17 steht nun, dass der Wohnungsmarkt bei einem Leerwohnungsbestand von unter 0.5 % intakt war, was üblichen Modellen widerspricht. Der Stadtrat hat auf Nachfrage angegeben, dass der Markt aus Sicht der Investoren und Erstvermietungsfirmen betrachtet wurde. Dies ist eine komplett einseitige Sichtweise, was sich in der ganzen ersten Hälfte im Abschnitt Standortförderung widerspiegelt. Neben den Firmen verdienen auch die Menschen in Schlieren einen Effort der Standortförderung. Dabei geht es um zahlbare Wohnungen, Lebensqualität, Begegnungsorte, Ruhe, Betreuungsangebote etc. Beim Standort Schlieren wird zu wenig unternommen, um ihn als Wohnort für den gehobenen Mittelstand attraktiv zu machen. Nur so kann eine gute soziale Durchmischung erreicht werden.

S. 41-44 Werke, Versorgung und Anlagen

Hans-Ulrich Etter (SVP) erwidert in Bezug auf den Vorredner Jürg Naumann, dass das Schwimmbad keinen Strom produziert, sondern nur für die Warmwasseraufbereitung sorgt.

Grüne Blätter – Organigramm und Stellenplan Stadtverwaltung

Beat Kilchenmann (SVP) erklärt, dass bei der Behandlung der Jahresrechnung Fragen nicht beantwortet wurden mit dem Hinweis, diese beim Geschäftsbericht zu stellen, was aber schwierig ist, da kein Abschnitt richtig dazu passt. Weshalb wurden bei der Bachstrasse 11‘000 Franken für die Personalbeschaffung ausgegeben, obwohl es Personalverantwortliche und einen Geschäftsleiter gibt?

Ressortvorsteher Präsidiales Toni Brühlmann erklärt, dass es sich hier um eine Fehlinformation handelt, es wurde keine externen Stellen beauftragt. Nach dem Hinweis, dass in der Rechnung dieser Punkt mit „Anstellung über Personalbüro“ begründet wurde, verspricht er, dass die Erklärung dazu nachgeliefert wird.

Gelbe Blätter - Statistiken

Pascal Leuchtmann (SP) erklärt zur Seite 5, dass es bei der Tabelle Steuerpflichtige nach Einkommensstufen im Jahr 2013 plötzlich ca. 107 % sind, was offenbar ein Fehler ist.

Das Gemeindeparlament beschliesst mit 33 zu 0 Stimmen:

1. Der Geschäftsbericht für das Jahr 2013 wird im Sinne von § 35 Ziff. 2 der Gemeindeordnung abgenommen.

2. Mitteilung an
   - Sekretariat Gemeindeparlament
   - Archiv

51/2014 36.07 Kreisel Staatsstrasse Stadtplatz
Beschluss GP: Vorlage Nr. 1/2014: Antrag des Stadtrates auf Erteilung eines Projektierungskredites von Fr. 975'000.- für Ausbau und Gestaltung des Stadtplatzes

Referent des Stadtrates: Jean-Claude Perrin
Ressortvorsteher Bau und Planung

WEISUNG

A. Ausgangslage / Zweck der Vorlage

Im Januar 2005 wurde der Studienauftrag für die Entwicklung eines lebendigen und attraktiven Zentrums abgeschlossen. Auf Empfehlung der Jury wählte der Stadtrat das Projekt von weberbrunner architekten, Zürich / Kuhn Truninger Landschaftsarchitekten, Zürich / asa Verkehrsplaner, Uster als Grundlage zur Weiterentwicklung des Stadtzentrums. Die Besonderheit des Siegerprojektes besteht in der Umlegung der Hauptverkehrsachse und der Definition von vier neuen Funktionsarealen im Zentrum: Bahnhofsquartier, Verkehrs- und Umsteigeplatz, Kulturplatz und erweiterter Stadtpark.

Voraussetzung für die Umsetzung einer erfolgreichen Zentrumsentwicklung war der Landabtausch im Planungsperimeter (Parlamentsbeschluss vom 22. Mai 2006 mit 29:1 Stimmen) sowie ein Rahmenkredit von Fr. 690'000.00 zur Entwicklung von Planungsgrundlagen (Parlamentsbeschluss vom 22. Mai 2006 mit 31:1 Stimmen).

Inzwischen ist die Entwicklung im Bahnhofsquartier mit der Realisierung der Überbauung „Parkside“ durch private Bauherrschaften grösstenteils abgeschlossen. Es fehlt noch die Realisierung der

Überbauung Bahnhof West durch die SBB und die Neugestaltung des öffentlichen Raumes Bahnhofplatz und Güterstrasse in Zusammenarbeit mit der Stadt Schlieren.

Das Zentrum selber (Verkehrs- sowie Kulturplatz) steht jetzt im Fokus übergeordneter kantonaler Vorhaben, der neuen Verkehrsführung „Kreisel“ sowie des kantonsübergreifenden Infrastrukturprojektes „Limmattalbahn“, mit deren Umsetzung im Jahr 2017 begonnen werden soll.

In Koordination mit diesen Projekten ist nun umgehend auch das stadteigene Vorhaben Stadtplatz (Zentrums-/Umsteigeplatz) zu projektieren und zur Umsetzung vorzubereiten. Mit Stadtratsbeschlüssen vom 12. Juli 2010 und 15. November 2010 wurde eine Ausgabe von insgesamt Fr. 189'000.00 zur Erarbeitung eines Vorprojektes bewilligt. Dieses ist bis auf die letzten Anpassungen bezüglich der Auflageprojekte Verkehrskreisel und Limmattalbahn abgeschlossen. Zur Ausarbeitung einer entsprechenden Abstimmungsvorlage als letztem Schritt zur Umsetzung des Vorhabens ist nun die Erteilung des notwendigen Projektierungskredites durch das Parlament erforderlich.

B. Bisheriger Ablauf

Die nachfolgende Zusammenstellung gibt einen Überblick über die wichtigsten bisherigen Entscheide:

Januar 2005	Als Sieger im Studienauftragsverfahren zur Zentrumsentwicklung wird das Team weberbrunner architekten, Kuhn Truninger Landschaftsarchitekten und asa Verkehrsplaner bestimmt.
22. Mai 2006	Das Gemeindeparlament stimmt der Vereinbarung über den Landabtausch im Zentrum zu. Gleichzeitig beschliesst es einen Rahmenkredit von Fr. 690'000.00 für die Entwicklung des Zentrums.
Herbst 2006	Beginn der privaten Projektierungsarbeiten für das Bahnhofsquartier
8. Oktober 2007	Aufgrund von Vorstudien beschliesst der Stadtrat, die Idee einer öffentlichen Parkgarage unter dem Zentrumsplatz nicht weiter zu verfolgen.
25. August 2008	Der Stadtrat beschliesst die Arbeitsvergabe zum Zentrum.
Januar 2009	Der Stadtrat lässt sich die Varianten für die Platzgestaltung präsentieren. Eine Mehrheit spricht sich für die Variante „Flügel“ aus. Ein Entscheid wird aber nicht gefällt. Der Stadtrat will die Bevölkerung in den Prozess einbeziehen.
2. Juni 2009	Der Stadtrat beschliesst einen partizipativen Planungsprozess.
26. November 2009	Der partizipative Prozess (September bis November 2009) bestätigt das Projekt „Flügel“.
14. Dezember 2009	Der Stadtrat nimmt vom Ergebnis des partizipativen Prozesses Kenntnis und beschliesst das weitere Vorgehen. Das Ressort Bau und Planung wird beauftragt, dem Gemeindeparlament zeitgleich mit der öffentlichen Auflage des kantonalen Strassenprojektes einen Antrag für den Projektierungskredit Ausbau und Gestaltung des Stadtplatzes vorzulegen.
7. Januar 2010	Öffentliche Informationsveranstaltung über Ablauf und Ergebnis des partizipativen Prozesses

12. Juli 2010	Der Stadtrat bewilligt eine Ausgabe von Fr. 90'000.00 für die Erarbeitung eines Vorprojektes und vergibt den Auftrag an das Siegerteam.
15. Oktober 2010	Die Bauingenieurleistungen für den Projektteil „Flügel“ werden im Planerwahlverfahren (§ 10 lit. I der Submissionsverordnung) vergeben.
15. November 2010	Der Stadtrat erhöht die Ausgabe (Stadtratsbeschluss vom 12. Juli 2010) auf Fr. 189'000.00 und bestellt damit ein Vorprojekt mit Kostenschätzung für den Stadtplatz auf der Basis der Variante „Flügel“.
10. Januar 2012	Im Rahmen ihres Auftrages überprüft die Limmattalbahn AG die Optimierung der Umsteigebeziehungen zwischen den Bussen und der Limmattalbahn. Der Stadtrat folgt der Argumentation des Kantons, den VBZ und des ZVV, die Bushaltestellen neu innerhalb des Umsteigeplatzes (statt wie bisher geplant ausserhalb des Platzes) anzulegen. Dies bedeutet eine wesentliche Projektänderung gegenüber dem fertig ausgearbeiteten Vorprojekt.

C. Bauvorhaben Stadtplatz

Das Projekt Ausbau und Gestaltung Stadtplatz sieht eine Überdachung der Wartezone der Haltestelle Limmattalbahn (Projekt „Flügel“), eine zurückhaltende Begrünung (zum Teil Hochbeete) sowie ein Wasser-/Nebelspiel vor. Die Fussverkehrsfläche gleicht die Niveauunterschiede zwischen den Haltekanten von Bahn, Bus und der übrigen Gehfläche sorgfältig aus und berücksichtigt in Gestaltung, Material und Ausführung auch die Auflagen bezüglich Behindertengerechtigkeit. Einzige zusätzliche Infrastruktur sind die erforderlichen Einrichtungen eines öV-Umsteigeplatzes.

Die im Rahmen des Vorprojektes getätigten Vorabklärungen bestätigen die technische und statische Machbarkeit des „Flügels“ sowie die Kompatibilität von Geometrie und Fundation mit den eisenbahnrechtlichen Planungsauflagen (PGV) der Limmattalbahn. Somit ist das bereits erarbeitete Vorprojekt einzig noch auf den aktuellsten Stand (Auflageversion) der Partnerprojekte Verkehrskreisel und Stadtbahn anzupassen.

Der beantragte Projektierungskredit für den Ausbau und die Gestaltung des Stadtplatzes beinhaltet die notwendige Überarbeitung des Vorprojekts sowie die Erarbeitung des Bauprojekts inkl. Kostenvoranschlag als Voraussetzung für die Ausarbeitung der erforderlichen Abstimmungsvorlage für den Objektkredit.

D. Projektierungskosten

Für die Projektierung wurden folgende Kosten ermittelt (Kostengenauigkeit +/-10% (Preisstand: Index per 30.8.2013):

Vorleistungen	Fr.
Bereits erbrachte Planerleistungen (Vorprojekt)	189‘000.00
Projektierung	Fr.
Architektur	105‘000.00
Landschaftsarchitektur	220'000.00
Ingenieurleistung (Hoch- und Tiefbau)	100‘000.00
Lichtdesign	45‘000.00
Modelle/Visualisierungen	20‘000.00
Externe Projektleitung 2014/2015	190'000.00
Geometer/Diverses/Öffentlichkeitsarbeit	35‘000.00
Zwischentotal	715‘000.00

Reserve/Rundung ca. 10%	70‘000.00
Total Projektierung	785‘000.00

Im Voranschlag 2014 sind in der Investitionsrechnung für das Projekt Stadtplatz Fr. 300‘000.00 eingestellt. Für das Jahr 2015 sind somit Fr. 485‘000.00 in die Investitionsrechnung aufzunehmen.

E. Termine

Projektierungsstart Stadtplatz (nach Genehmigung SR und Parlament)	Mai 2014
Vorliegen Vorprojekt Stadtplatz	Herbst 2014
Vorliegen Bauprojekt Stadtplatz mit Kostenvoranschlag	Frühjahr 2015
Vorlage Objektkredit Stadtplatz zuhanden Gemeindeparlament	Sommer 2015
Volksabstimmung über Objektkredit	ca. Herbst 2015
Projektfestsetzung Stadtplatz / Bewilligung für kant. Verkehrsprojekt Kreisel	ca. Herbst 2015
Plangenehmigungsverfügung für Limmattalbahn	Ende 2015
Baubeginn Stadtplatz (mit Kreisel und Limmattalbahn)	2017
Fertigstellung Stadtplatz (mit Kreisel und mit Limmattalbahn)	2020

Der Stadtplatz ist im Agglomerationsprogramm der 1. Generation angemeldet. Der obige Terminplan entspricht den Anforderungen des Agglomerationsprogramms. Im Rahmen der Agglomerationsprogramm-Finanzierung wird ein massgeblicher Bundesbeitrag erwartet. Nach Einschätzung kantonaler Stellen ist von maximal einem Drittel auszugehen.

F. Schlussbemerkung

Die durch die Realisierung des Zentrumkreisels ausgelösten Landumlegungen sind finanztechnisch als gebunden zu behandeln und fallen in die Kompetenz des Stadtrates. Die für den kommunalen Stadtplatz zusätzlich erforderlichen Flächen werden vom Kanton gemäss geführten Vorverhandlungen zu Fr. 0.00/m^2 an die Stadt abgetreten, während die vom Kanton benötigten Flächen entschädigt werden.

Weitere städtische Projekte im Rahmen der Zentrumsentwicklung und die damit verbundenen Landabtretungsgeschäfte (Umlegung der Badenerstrasse und des Chilbiplatzes) sind nicht Bestandteil des vorliegenden Geschäftes. Die damit verbundene Vorlage ist jedoch bereits in Vorbereitung und wird dem Gemeindeparlament demnächst zur Behandlung vorgelegt.

Antrag an das Gemeindeparlament:

1. Für die Projektierung des Stadtplatzes (Bauprojekt mit Kostenvoranschlag) wird ein Kredit von Fr. 785‘000.00 genehmigt.

2. Die totalen Projektierungskosten inkl. Vorleistungen erhöhen sich damit auf Fr. 974‘000.00.

3. Die Abteilung Bau und Planung wird beauftragt, die Planerverträge abzuschliessen sowie die Auftragserteilung an die externe Projektleitung gemäss den Offerten vorzunehmen.

4. Die Abteilung Bau und Planung wird beauftragt, die Projektkosten zwecks Auslösung des Bundesbeitrags im Rahmen des Agglomerationsprogramms zu melden.

5. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Abschied der Geschäftsprüfungskommission

Die GPK hat die Vorlage geprüft und empfiehlt mehrheitlich, die Vorlage zurückzuweisen.

Schlieren, 5. Juni 2014

Der Präsident: Peter Seifriz
Die Protokollführerin: Claire-Lise Rüst

Bericht der GPK-Mehrheit: Thomas Grädel

Thomas Grädel erklärt, dass die GPK-Mehrheit die Rückweisung empfielt. Die Vorlage kommt zu früh, um solch hohe Kredite zu bewilligen. Man weiss zurzeit noch nicht, ob die Limmattalbahn je kommen wird; dies wird immer unwahrscheinlicher. In allen betroffenen Städten gibt es grosse Bedenken. Vielleicht fährt der Bus Nr. 31 durch den Stadtplatz, was eine ganz andere Ausfahrt benötigen würde. Es müssten also schon zwei Varianten ausgearbeitet werden. Ebenso ist noch nicht klar, ob der Einspurkreisel so auch betrieben wird. Bei der Frequenzberechnung wurden keine möglicherweise notwendigen Lichtsignale berücksichtigt und es sind nur gute Velofahrer zugelassen. Weiter sind keine Veloabstellplätze geplant. Trotzdem will der Stadtrat bereits heute eine Zusage für die Projektierung des Stadtplatzes.
Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass zuerst die flankierenden Massnahmen erstellt werden müssen, bevor eine grosse Baustelle beim Stadtplatz entsteht. Nur so kann ein Chaos verhindert werden. Aus diesen Gründen wurde dem Stadtrat am 8. Mai 2014 mitgeteilt, dass die GPK eine Rückweisung empfehlen wird. Am 21. Mai 2014 teilte Stadtrat Markus Bärtschiger mit, dass Gespräche mit dem Kanton nichts gebracht hätten. Die GPK-Mehrheit ist der Meinung, dass der Stadtrat auch die Unterstützung des Parlamentes benötigt. Er soll dieses Anliegen nochmals mit dem Kanton besprechen und protokollarisch festhalten, wenn es kein Entgegenkommen gibt.

Bericht der GPK-Minderheit: Rixhil Agusi

Rixhil Agusi erklärt, dass Schlieren eine lebendige Stadt ist. Jede Stadt, jedes Dorf besitzt ein Zentrum. Fast täglich ist man im Zentrum, es muss gut geplant werden. Das Zentrum ist die Perle von Schlieren. Die Vorlage ist ein grosses Projekt, egal, ob die Limmattalbahn kommt oder nicht. Es braucht auf jeden Fall einen Stadtplatz. Die Planung soll genau und effizient sein und das hat auch seinen Preis. Aber es macht mehr Sinn, viel Geld für die Planung zu investieren, als nachher einen Zusatzkredit zu beantragen wie beim Schwimmbad. In der GPK wurden nicht nur die Kosten bemängelt. Ob es einen ein- oder zweispurigen Kreisel gibt, die Limmattalbahn kommt oder nicht oder die flankierenden Massnahmen vorher umgesetzt werden, sind einzelne Wünsche, welche für diese Vorlage nicht entscheidend sind. Es geht darum, ob man ein schönes Zentrum haben möchte oder einen gewöhnlichen Verkehrsplatz.

Behandlung im Gemeindeparlament

Lucas Arnet (FDP) erklärt, dass ein Grund für die Rückweisung ist, Druck auf den Kanton ausüben zu können bezüglich der flankierenden Massnahmen. Wenn dem so wäre, würde er die Rückweisung mit Freuden unterstützen. Dem Kanton ist es aber egal, was im Innern des Kreisels gemacht wird, er wird den Kreisel bauen. Möglichkeiten um Druck auszuüben wären beim Landabtausch, aber sicher nicht beim vorliegenden Kredit. Die Rückweisung ist keine Option. Heute kann aber über die Höhe des Kredites bestimmt werden. Ein Teil der Fraktion ist der Meinung, dass der Kredit zu gross ist. Zum einen, weil eine gute Planung auch mit weniger Geld möglich ist, zum anderen, weil auf den Flügel verzichtet werden sollte. Aus diesem Grund beantragt er eine Kürzung des Kredites um 185‘000 Franken auf 600‘000 Franken. Ein attraktiver Stadtplatz ist auch so noch möglich.

Der Parlamentspräsident erklärt, dass nachher zuerst über die Rückweisung und anschliessend über den Änderungsantrag abgestimmt werden wird.

Jürg Naumann (QV) erklärt, dass der Quartierverein für einen schönen, praktischen und sinnvoll möblierten Stadtplatz ist. Er unterstützt aber mehrheitlich den Antrag der GPK. Dies soll als letzter Hilferuf an den Kanton verstanden werden. Dem Stadtrat soll noch einmal die Chance gegeben werden, mit dem Kanton harte Verhandlungen zu führen mit dem Ziel, ein definitives Zugeständnis zu erhalten, dass die flankierenden Massnahmen, insbesondere der Ausbau der Bern-/Engstringerkreuzung, vor Inbetriebnahme der Limmattalbahn vorgenommen werden. Das Zentrum soll nicht im Verkehr ersticken und auch das Zelgliquartier nicht noch mehr von Schlieren abgekapselt werden. Was soll man jetzt planen, wenn man noch nicht weiss, ob die Limmattalbahn oder das 2er Tram wirklich kommt, der Bus Nr. 31 weiterhin nach Schlieren fährt? So muss eventuell später wieder neu geplant werden. Der Projektbeginn kann problemlos nach hinten verschoben werden. Gegen das Projekt selber gibt es nur wenige Einwände. Bedauerlich ist, dass keine WC-Anlagen vorgesehen sind. Aus den erwähnten Gründen kann der QV die Rückweisung der GPK unterstützen, behält sich aber vor, nach allenfalls gemachten Zusagen oder Begründungen an der Schlussabstimmung anders zu entscheiden.

Sarah Impusino (CVP) erklärt, dass die Fraktion CVP/EVP die Vorlage einstimmig ablehnt. Die Projektierungskosten sind einfach zu hoch. Die Idee für den Stadtplatz steht ja schon. Der Stadtrat soll eine günstigere Vorlage bringen, damit der teure Stadtplatz überhaupt eine Chance hat, vom Stimmvolk angenommen zu werden. Schön wäre auch eine Vorlage mit Einbezug der grossen, bestehenden Bäume. Aus diesem Grund unterstützt die Fraktion den Rückweisungsantrag.

Thomas Grädel (SVP) erklärt, dass die SVP vieles wie die GPK-Mehrheit sieht. Er ist froh, dass die Vorlage so früh ins Parlament kommt. Der Name der Vorlage ist allerdings verwirrend, geht es doch nur um eine Haltestelle mit Dach und Wasserspiel. Es gibt keine Grünzone, keine Flaniermeile. Obwohl noch gar nicht bekannt ist, was für Verkehrsmittel auf dem Platz verkehren werden, soll schon geplant werden. So müssen verschiedene Varianten ausgearbeitet werden. Die Planungskosten sind aber nicht vertretbar. Auch beim zukünftigen Haltestellenplatz braucht es viel, damit ein Stadtplatz entsteht. Man sollte wissen, was auf dem Stadtplatz gemacht werden soll. Dies fehlt aber in der Vorlage; oder gibt es doch nur eine Haltestelle? Die SVP möchte einen funktionierenden Platz; auch dieser kann schön sein. Ob der geplante Einspurkreisel ausreicht, ist unter Fachexperten umstritten. Bereits heute gibt es zu den Hauptverkehrszeiten einen Stau und die Berechnungen der Fussgängerzahlen sind zu niedrig, v.a., wenn die Zahlen der Limmattalbahn stimmen. Man hat nichts gegen ein Wahrzeichen, dafür hat man ja bereits 189‘000 Franken ausgegeben. Diese neuen Planungskosten sind aber überrissen. Der Vorschlag der FDP, einfach die Kosten zu senken, kann nicht funktionieren, ausser wenn einiges nicht realisiert wird.

Dominic Schläpfer (FDP) erklärt, dass es einen ähnlichen Flügel schon beim Bahnhof Stettbach gibt. Die Problematik ist sehr ähnlich, es gibt kaum Schutz vor Wund und Regen. Es ist deshalb sinnvoll, dieses Projekt nochmals zu überdenken.

Andreas Geistlich (FDP) erklärt, dass die Rahmenbedingungen für Schlieren durch das Raumplanungsgesetz und den kantonalen Richtplan klar gesetzt sind. Wachstum soll dort geschehen, wo die Erschliessung gut geregelt ist. Das Agglomerationsprogramm des Bundes fördert diese Entwicklung. Es würde etwa einen Drittel der Kosten des Stadtplatzes übernehmen. Schon vor 10 Jahren hat man zum Glück erkannt, dass die Entwicklung besser aktiv mitgestaltet wird und deshalb das Stadtentwicklungskonzept gestaltet. 2006 wurde ein Planungskredit für die Zentrumsentwicklung gesprochen, der fast einstimmig genehmigt wurde. 2009 fand ein Workshop über die Gestaltung des Platzes statt. Das Resultat war eindeutig, es soll der Flügel sein. Die ausserdem gewünschte Reduktion des Individualverkehrs auf dem Platz führte dann aber zu grossen Diskussionen. Nach vielen Verhandlungen ist die Situation heute viel konkreter und ein guter Kompromiss, dem er zustimmen kann. Flankierende Massnahmen sind sowohl auf kommunaler wie kantonaler Ebene geplant. Es gibt mehrere Zusagen des Regierungsrates Stocker, dass die Untertunnelung der Engstringerkreuzung, welche im Baukredit der Limmattalbahn enthalten ist, auch ausgeführt wird. Mit diesem Kompromiss kann auch der grösste Teil der Wirtschaft leben. Ihr ist neben der Erschliessung auch die Aufwertung des Zentrums ein mindestens so grosses Anliegen. Jetzt ist endlich die Zeit, die Visionen zu verwirklichen.

Reto Bär (EVP) gefällt das Projekt, die Planung ist ihm aber viel zu teuer. Es ist unverständlich, dass 220‘000 Franken für einen Landschaftsarchitekten ausgegeben werden. Er sieht keine Landschaft im Projekt. Auch 190‘000 Franken für einen externen Projektleiter sind überrissen. Selbst wenn es einen braucht, muss er kaum ein ganzes Jahr lang dafür arbeiten. Das Vorprojekt, welches auch schon fast 200‘000 Franken gekostet hat, bestätigt die technische und statische Machbarkeit des Flügels. Es ist also einzig noch auf den neuesten Stand zu bringen. Zwar gefällt ihm das Projekt. Für einen nicht allzu grossen Stadtplatz, bei dem die Planung schon weit fortgeschritten ist, könnte man dem Planer sicher vorgeben, die noch anstehenden Arbeiten auch für die Hälfte des Geldes zu machen. Aus diesem Grund kann er die Vorlage nicht unterstützen.

Markus Weiersmüller (FDP) erklärt, dass beim Workshop nicht über den Verkehr diskutiert wurde, sondern nur über das Innere des Kreisels. Er wird die Rückweisung unterstützen. Aus Erfahrung weiss er, dass oft erst ganz am Schluss die Nachteile wie zum Beispiel hohe Unterhaltskosten bekannt werden.

Wendy Buck (SP) freut sich, dass alle einen schönen Stadtplatz wollen. In dieser Vorlage geht es um einen Stadtplatz. Es wurden aber diverse Argumente wie die Gestaltung des Kreisels oder flankierende Massnahmen erwähnt. Ein weiterer Gang zum Kanton ist sicher nicht erfolgsversprechend. Ein schöner Stadtplatz kostet auch etwas. Die Fraktion SP/Grüne ist der Meinung, dass man Schlieren jetzt eine Chance geben muss. Auch wegen des Agglomerationsprogramms des Bundes sollte man nun vorwärts machen. In der Diskussion sollte man sich auch auf den Stadtplatz beschränken, um den geht es hier schliesslich.

Andreas Kriesi (GLP) erklärt, dass die Grünliberalen dem Kredit zustimmen werden. Die Chance für einen attraktiven Stadtplatz soll genutzt werden. Es ist nicht zwingend notwendig, dass die Engstringerkreuzung zuerst ausgebaut werden muss. Jetzt die Vorlage zurückzuweisen in der Hoffnung auf den Kanton ist unrealistisch. Eine Verzögerung kann auch zu einer Verteuerung führen. Im schlimmsten Fall wird der Kreisel ohne Stadtplatz gebaut.

Andreas Geistlich (FDP) fährt mit seinen Ausführungen fort. Ausgerechnet jetzt, wo es um die Umsetzung der Visionen geht, wird ein Rückweisungsantrag gestellt. Der Kanton hat erklärt, dass die Engstringerkreuzung noch bis 2030 so bleiben könnte; natürlich soll sie aber früher kommen. Er fordert den Stadtrat auf, den Schaden einer Rückweisung aufzuzeigen. Es ist sehr wichtig, dass man Geld zum Planen hat. Gemäss Abteilungsleiter Bau und Planung werden für den Tiefbau sowieso 350‘000 Franken benötigt. Beim Rest wäre etwas weniger sicher möglich, 600‘000 Franken sollten reichen. Wichtig ist aber zu bedenken, dass es um Schlieren und das Bild der Stadt geht.

Erwin Scherrer (EVP) erklärt, dass der Stadtrat die hier erwähnten Punkte bei einer Rückweisung berücksichtigen kann. Einfach den Kredit zu kürzen macht keinen Sinn. Vom Flügel war er zwar begeistert, er darf aber durchaus nochmals geprüft werden. Es ist sicher günstiger, einmal richtiger zu bauen. Eine gute Projektierung ist wichtig.

Domic Schläpfer (FDP) ergänzt, dass die externe Projektleitung direkt ohne Gegenofferte vergeben wurde. Mindestens eine Zweitofferte hätte man einholen sollen.

Stefano Kunz, Stellvertreter des Ressortvorstehers Bau und Planung, hebt die zentrale Bedeutung der Vorlage für Schlieren hervor. Anhand der vier Themen Formelles, Finanzen, Zeit und Gestaltung möchte er erläutern, weshalb der Stadtrat der Meinung ist, dass dieser Kredit unbedingt genehmigt werden sollte. Heute geht es um einen Projektierungskredit, damit das Projekt Stadtplatz detailliert ausgearbeitet werden kann. Dann kann im Wissen um alle Details nochmals darüber entschieden werden. Bei einer Ablehnung nimmt man der Bevölkerung die Möglichkeit, selber darüber zu entscheiden. Zudem wird ein Prozess von 6-8 Jahre vernichtet. So lange wurde schon an diesem Projekt gearbeitet.
Weiter gibt er zu bedenken, dass der Zeitplan sehr eng ist. Der Baubeginn soll zusammen mit der Limmattalbahn erfolgen, da dadurch Kosten gespart werden können. Aus diesem Grund hat der Kanton den Bau des Kreisels um zwei Jahre verschoben. Mit einem gewissen Recht wird gesagt, dass man noch gar nicht genau weiss, was mit dem Rest des Zentrums geschehen soll. Aber es gilt

zu berücksichtigen, dass bei einer Ablehnung des Kredites das Zentrum noch viele Jahre so aussehen wird wie bisher.
Zur Gestaltung erklärt er, dass ein Belassen wie heute keine Option ist. Es muss sowieso etwas gemacht werden. Wenn der Kredit nicht angenommen wird, hätte man aber noch länger eine Brache im Zentrum. Der Stadtplatz kann auch realisiert werden, ohne dass man schon genau weiss, was im Zentrum sonst noch geplant ist. Man muss sich auch fragen, wie attraktiv es für ein Geschäft ist, in ein Zentrum zu ziehen, das eine Brache ist. Die Stimmbürger haben sich beim partizipativen Prozess vor 5 Jahren für einen „Wow-Effekt" entschieden. Dies kann mit dem vorliegenden Projekt erreicht werden. Aarau hat für die Neugestaltung des Bahnhofplatzes, ein vergleichbares Projekt, rund 20 Mio. Franken, davon 15. Mio. zulasten der Stadt, ausgegeben.
Bei einer Ablehnung des Kredites werden rund 400'000 Franken vernichtet, 300'000 Franken Projektkosten sowie die Arbeit der Verwaltung. Ein neues Projekt würde wieder neue Kosten generieren. Mit dieser Vorlage kann ein Prozess von fast 10 Jahren zum Abschluss gebracht werden. Er versteht nicht, dass es einerseits immer wieder Vorstösse zur Belebung des Zentrums gibt, andererseits aber jeder Franken zu viel sein soll. Erst nach dem Kreisel den Stadtplatz zu bauen, käme wesentlich teurer. Dieses Projekt ist beim Agglomerationsprogramm des Bundes angemeldet, weshalb man mit einer Unterstützung von bis zu einem Drittel der Kosten rechnen kann. Später wäre das Zeitfenster dafür abgelaufen.

Thomas Grädel (SVP) wundert sich, dass sein Vorredner immer von einer Ablehnung gesprochen hat. Es geht um eine Rückweisung und diese sollte nicht zu einer jahrelangen Verspätung führen. Der Stadtrat soll mit dem Kanton Kontakt aufnehmen und schriftlich festhalten, wenn die Forderungen der GPK nicht berücksichtigt werden.

Stadtpräsident Toni Brühlmann äussert sich insbesondere darum zum Thema, weil die Zentrumsplanung und -gestaltung seit 10 Jahren ein ressortübergreifendes Projekt des ganzen Stadtrates ist. Für Schlieren ist es eines der wichtigsten Projekte für die Zukunft. Schlieren nahm an einem Wettbewerb für die Umgestaltung des Zentrums teil. Dort kann man nicht in die vorderen Ränge, obwohl das Projekt gelobt wurde. Die Begründung war, dass das Projekt als zu komplex galt. Trotzdem ist man jetzt unmittelbar vor der Realisierung. Bei einem Projekt dieser Grössenordnung gibt es zum aktuellen Zeitpunkt immer noch offene Fragen und Bedenken. Wenn ein Projekt nicht perfekt geplant ist, wird es vom Agglomerationsprogramm des Bundes auch nicht unterstützt. In Bezug auf die flankierenden Massnahmen erklärt er, dass der Stadtrat an der heutigen Sitzung die Vorlage Goldschlägistrasse verabschiedet hat. Das Projekt Rütistrasse wird demnächst angegangen werden. Eine Rückweisung hätte schwere Folgen, man würde den Anschluss an die übergeordneten Projekte verlieren. Zudem sind die Argumente für die Rückweisung auch so verschieden, dass der Auftrag für den Stadtrat nicht klar ersichtlich wäre.

Stefano Kunz, Stellvertreter des Ressortvorstehers Bau und Planung, erklärt, dass bei einer Rückweisung der Zeitplan sicher um ein halbes Jahr in Verzug geraten würde. Bei einer Annahme kann dafür ein detailliertes Projekt beurteilt werden.

Markus Weiersmüller (FDP) stört sich daran, dass dem Parlament gesagt wird, dass eine Rückweisung aus zeitlichen Gründen nicht möglich sein soll. Dann kann das Parlament gar nichts mehr beschliessen, verliert es seinen Wert. Dies ist kein Argument.

Dominic Schläpfer (FDP) nennt die Kosten von 220'000 Franken für den Landschaftsarchitekten. Er vergleicht mit dem Bau eines Einfamilienhauses und fragt sich, was dieser ein ganzes Jahr lang planen soll. Zudem gibt es ja auch einen externen Projektleiter. Dies konnte bisher nicht glaubhaft erklärt werden.

Stefano Kunz, Stellvertreter des Ressortvorstehers Bau und Planung, antwortet, dass ein solches Projekt nicht mit einem Einfamilienhaus verglichen werden kann. Das Projekt ist sehr viel komplexer. Die genannten Kosten dürfen nicht mit dem Salär verglichen werden, es sind Vollkostenrechnungen.

Auf Antrag des Stadtrates und angesichts der schon zweistündigen Ratssitzung unterbricht der Parlamentspräsident die Sitzung für fünf Minuten.

Stefano Kunz, Stellvertreter des Ressortvorstehers Bau und Planung, dankt für die kurze Pause und erklärt, dass der Stadtrat, weil das Projekt für ihn so zentral ist, den Änderungsantrag von Lucas Arnet akzeptiert und versuchen würde, die Limite von 600‘000 Franken einzuhalten. Er möchte unter allen Umständen verhindern, dass der Kredit zurückgewiesen wird.

Thomas Grädel (SVP) wundert sich, dass es nur etwas Druck braucht und schon kürzt der Stadtrat seinen Antrag.

Parlamentspräsident Rolf Wegmüller erklärt, dass zuerst über den Rückweisungsantrag abgestimmt wird. Sollte dieser abgelehnt werden, würde über den Änderungsantrag abgestimmt. Dieser lautet wie folgt:

1. Für die Projektierung des Stadtplatzes (Bauprojekt mit Kostenvoranschlag) wird ein Kredit von Fr. 600‘000.00 genehmigt.
2. Die totalen Projektierungskosten inkl. Vorleistungen erhöhen sich damit auf Fr. 789‘000.00.

3.-6. unverändert

Abstimmung über Rückweisungsantrag

Der Rückweisungsantrag wird mit 17 zu 16 Stimmen abgelehnt.

Jürg Naumann (QV) möchte über den Änderungsantrag diskutieren. Er empfindet die Diskussion als nicht seriös. Entweder steht man zum Kredit oder nicht. Er geht davon aus, dass der Stadtrat das Geld nicht leichtsinnig ausgeben wird. Wenn es nachher etwas Schlechtes gibt für 600‘000 Franken, macht das überhaupt keinen Sinn.

Pascal Leuchtmann (SP) wundert sich über die neue Diskusssion und stellt Antrag auf Abbruch der Diskussion.

Abstimmung über Ordnungsantrag zum Abbruch der Diskussion

Die Diskussion wird mit 16 zu 15 Stimmen abgebrochen.

Abstimmung über Änderungsantrag

Der Änderungsantrag wird mit 15 zu 14 Stimmen abgelehnt.

Das Gemeindeparlament beschliesst mit 20 zu 13 Stimmen:

1. Für die Projektierung des Stadtplatzes (Bauprojekt mit Kostenvoranschlag) wird ein Kredit von Fr. 785‘000.00 genehmigt.

2. Die totalen Projektierungskosten inkl. Vorleistungen erhöhen sich damit auf Fr. 974‘000.00.

3. Die Abteilung Bau und Planung wird beauftragt, die Planerverträge abzuschliessen sowie die Auftragserteilung an die externe Projektleitung gemäss den Offerten vorzunehmen.

4. Die Abteilung Bau und Planung wird beauftragt, die Projektkosten zwecks Auslösung des Bundesbeitrags im Rahmen des Agglomerationsprogramms zu melden.

5. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

6. Mitteilung an
   - Abteilung Bau und Planung
   - Sekretariat Gemeindeparlament
   - Archiv

52/2014 28.03.340.2 Turnhalle Grabenstrasse, Schulstrasse 16a
Beschluss GP: Vorlage Nr. 11/2014: Antrag des Stadtrates auf Genehmigung der Bauabrechnung betreffend die nicht gebundenen Kosten

Referentin des Stadtrates: Manuela Stiefel
Ressortvorsteherin Finanzen und Liegenschaften

WEISUNG

A. Ausgangslage

Die Turnhalle Grabenstrasse wurde 1910, der Garderobenanbau in den Jahren 1941/42 und die Anbauten West wurden im Jahr 1961 realisiert. Schliesslich wurde im Jahr 1984 der Garderobentrakt durch eine grössere Renovation erneuert. 2003 erteilte der Stadtrat mit Beschluss Nr. 283 vom 8. Dezember 2003 einen Kredit von Fr. 50‘000.00 für eine Machbarkeitsstudie. Den Projektierungskredit von Fr. 123‘000.00 für die Ausarbeitung eines Bauprojektes erteilte der Stadtrat mit SRB 134 am 30. Mai 2011.

Das Gemeindeparlament erteilte am 16. April 2012 mit Beschluss Nr. 14 für die nicht gebundenen Kosten einen Kredit von Fr. 1‘080‘000.00. Für die gebundenen Kosten bewilligte der Stadtrat mit SRB 18 am 6. Februar 2012 einen Kredit von Fr. 2‘170‘000.00.

B. Bauprojekt

Das Bauprojekt beinhaltete die folgenden Bereiche:

- Einbau von Isolierglas-Fenstern
- Dachisolation, Ersatz der Dachziegel, neue Holzdecke in der Turnhalle
- Ersatz der Bodenkonstruktion durch eine gedämmte Konstruktion
- Heizung der Turnhalle durch Bodenheizung
- Neuer zweigeschossiger Garderobentrakt mit WC-Anlagen, Garderoben, Duschen, Geräteraum und Technikräumen
- Gasheizung (Bodenheizung) mit Unterstützung der Anlage durch Sonnenkollektoren für Warmwasser und Heizung
- Zu- und Abluftanlagen in Garderoben, Duschen, WC-Anlagen und Turnhalle
- zusätzliche Fassadeninstandsetzungsarbeiten
- Neukonzeption der Umgebung

C. Realisierung

Die Planung begann mit der Erteilung des Projektierungskredites. Die Renovationsarbeiten wurden in den Jahren 2012/2013 vorgenommen. Der Turnunterricht konnte am 6. Mai 2013 wieder aufgenommen werden. Die Umgebung konnte am 19. August 2013 übergeben werden. Da der Fassadenverputz in einem schlechten Zustand war und Zusatzaufwendungen entstanden, konnte das Fassadengerüst erst am 5. September 2013 entfernt werden.

D. Abrechnung

Die Bauabrechnung über die nicht gebundenen Kosten liegt wie folgt zur Genehmigung vor:

BKP	*Bereich*	*Kostenvoranschlag Fr.*	*Bau-Abrechnung Fr.*	*Differenz Fr.*
BKP 1	Vorbereitungsarbeiten	34'000.00	32'104.40	-1'895.60
BKP 2	Gebäude	662'000.00	660'290.85	-1'709.15
BKP 4	Umgebung	0.00	50'265.00	50'265.00
BKP 5	Baunebenkosten	299'000.00	290'121.00	-8'879.00
BKP 9	Ausstattung	23'000.00	31'018.20	8'018.20
	Total BKP 1 -9 inkl. 8% MwSt.	1'018'000.00	1'063'799.45	45'799.45
	Unvorhergesehenes	40'000.00	22'472.85	-17'527.15
	Bauherrenreserve	22'000.00	19'744.70	-2'255.30
	Total inkl. MwSt.	1'080'000.00	1'106'017.00	26'017.00
Abrechnung				*Fr.*
Projektierungskredit Vorprojekt genehmigt durch den Stadtrat am 8. Dezember 2003*				
Projektierungskredit genehmigt durch den Stadtrat am 30. Mai 2011				40'590.00
Kredit nicht gebundene Ausgaben genehmigt durch das Parlament am 16. April 2012				1'080'000.00
Bauteuerung ca. 1%				17'356.00
Total bereinigter Kredit				1'137'946.00
Total Bauabrechnung				1'106'017.00
Kreditunterschreitung				31'929.00
Beitrag Kanton Zürich gemäss Zusicherung Staatsbeitrag vom 31.10.2011				49'964.00
Kostenunterschreitung				81'893.00

*Betrag in der Abrechnung betreffend die gebundenen Kosten berücksichtigt und daher hier nicht aufgeführt

Bei der BKP 4 Umgebung ist folgender Mehraufwand entstanden:

Bereich/BKP	*Mehr+/Minder -kosten- Fr.*	*Begründung*
Umgebung BKP 4	+50'265.00	Die Umgebungsarbeiten wurden durch nicht gebundene Massnahmen wie zusätzliche Spielgeräte und Bepflanzungen ausgeweitet.

Die Abrechnung ist in Ordnung und kann genehmigt werden.

Antrag an das Gemeindeparlament:

1. Die Bauabrechnung betreffend Renovation und Erweiterung der Turnhalle Grabenstrasse mit nicht gebundenen Ausgaben von Fr. 1‘106‘017.00 wird genehmigt.

2. Dieser Beschluss wird in abschliessender Zuständigkeit des Gemeindeparlamentes gefasst.

Abschied der Rechnungsprüfungskommission

Die RPK hat die Vorlage geprüft und empfiehlt einstimmig, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen.

Bericht der RPK; Boris Steffen

Boris Steffen erklärt, dass die gestellten Fragen zur Zufriedenheit der RPK beantwortet wurden. Die Bauabrechnung schliesst mit einer Kreditunterschreitung von Fr. 31‘929.00 oder 2.8 % des bereinigten Kredites ab. Mit dem Staatsbeitrag des Kantons von Fr. 49‘964.00 ergibt sich eine Kostenunterschreitung von rund 82‘000 Franken. Grosser Ausreisser war die Umgebung mit rund 50‘000 Franken, da noch zusätzliche Spielgeräte und Bepflanzungen realisiert wurden. Die RPK empfiehlt einstimmig die Annahme der Vorlage 11/2014.

Dominic Schläpfer (FDP) erklärt, dass sich die FDP gerade im schulisch belasteten Schlieren dafür einsetzt, dass die Qualität der Bildung hochgehalten wird. Die Renovation der Turnhalle war dringend notwendig, der Betrieb eine Zumutung und teilweise gefährlich. Mit einer modernen Infrastruktur können auch Anreize geschaffen werden, engagierte Lehrpersonen nach Schlieren zu holen. Zudem sind Turnhallen auch Treffpunkte für Schlieremer Vereine und deren Anlässe. Die FDP bedankt sich bei den Verantwortlichen für die geleistete Arbeit mit erfreulicher Kostenunterschreitung.

Das Gemeindeparlament beschliesst stillschweigend:

1. Die Bauabrechnung betreffend Renovation und Erweiterung der Turnhalle Grabenstrasse mit nicht gebundenen Ausgaben von Fr. 1‘106‘017.00 wird genehmigt.

2. Mitteilung an
   - Abteilung Finanzen und Liegenschaften
   - Sekretariat Gemeindeparlament
   - Archiv

53/2014 36.05.30 Postulat von Jolanda Lionello betreffend "Linienführung Bus Nr. 307"
Beschluss GP: Antrag des Stadtrates auf Abschreibung des Postulates

Ausgangslage

Am 18. November 2013 ist das folgende Postulat von Jolanda Lionello und 7 Mitunterzeichnenden eingegangen und am 27. Januar 2014 an den Stadtrat überwiesen worden:

„Der Stadtrat wird gebeten, die Linienführung vom Bus Nr. 307 zu überprüfen. Es betrifft dies insbesondere die Liegenschaften an der Bernstrasse und das Gaswerkareal.

Begründung:
Die betroffenen BewohnerInnen der Häuser an der Bernstrasse und die Nutzer der Liegenschaften im Gaswerkareal (z.B. Kletterzentrum) haben mich darauf aufmerksam gemacht, dass die Linienführung und der Fahrplan nicht den heutigen Anforderungen entsprechen; wie z.B. eine direkte Verbindung über die Gasometerbrücke zur Linie 31. Mit einzubeziehen ist die Möglichkeit, das Einkaufsgebäude der ALIGRO, das nur mit Privatwagen zu erreichen ist. Zudem wird der Betrieb unter der Woche um 19.00 Uhr eingestellt, samstags bereits um 18.00 Uhr und sonntags verkehrt auf dieser Linie gar kein Bus.“

Bericht an das Gemeindeparlament

Die Buslinien 301 und 31 werden von den Verkehrsbetrieben Zürich (VBZ) betrieben. Aus Sicht der VBZ stellt sich die Sache, auf Basis der Belastungsdaten für das Jahr 2013, wie folgt dar:

Betriebszeitenverlängerung
Die Linie 307 ist ausserhalb der Spitzenzeiten sehr schwach ausgelastet. Bis zu 80 % der Fahrgäste der Linie 307 sind in der Zeit von 6-9 Uhr und von 16-19 Uhr unterwegs. In der Zwischenzeit ist die Besetzung des Busses in der Regel unter vier Personen, wobei der stärkste Querschnitt auf Zürcher Boden ist. Der Betriebsschluss ist gemäss den Zählungen grundsätzlich als richtig anzusehen, da unmittelbar nach der Hauptverkehrszeit die Nachfrage wieder stark fällt. Die VBZ sind aufgrund dieser Faktoren der Ansicht, dass die Linie 307 mit ihren heutigen Betriebszeiten Montag bis Samstag dem Nachfragebedürfnis gerecht wird.

Direktverbindung
Eine direkte Busverbindung zwischen den Haltestellen Industrie/Gaswerk und Gasometerbrücke erachten die VBZ als praktisch nicht umsetzbar. Die Haltestellen befinden sich nur rund 400m voneinander entfernt. Gemäss Erschliessungsrichtlinien sind die meisten Wohnüberbauungen also schon heute von der Linie 31 direkt erschlossen. Eine Busverbindung könnte nur mit einer zusätzlichen Linie erreicht werden, deren Nutzen fraglich wäre. Zudem besteht am Bahnhof Altstetten und in Schlieren Zentrum eine Umsteigemöglichkeit zwischen den beiden Linien 31 und 307.

Kosten

Auf Wunsch der Stadt Schlieren haben die VBZ die voraussichtlich anfallenden Kosten für eine Betriebszeitenverlängerung auf der Linie 307 und für einen Shuttlebetrieb zwischen Industrie/ Gaswerk und Gasometerbrücke bzw. eine zusätzliche Linie (Verlauf unbekannt) ermittelt.

Beide Angebotserweiterungen müssten durch die Stadt Schlieren im Sinne des §20-Angebot getragen werden.

Die Buslinie 307 fährt im 30 Minuten-Takt. Eine Verlängerung der Betriebszeiten zieht die nachstehenden zusätzlichen jährlichen Betriebskosten nach sich:

- Mo – Fr: ca. Fr. 23‘000.00 pro Stunde Betriebszeitenverlängerung und Jahr
- Sa: ca. Fr. 6’000.00 pro Stunde Betriebszeitenverlängerung und Jahr
- So: ca. Fr. 6’000.00 pro Stunde Betriebszeitenverlängerung und Jahr

Die Kosten gelten für die aktuelle Linienführung bzw. für zukünftig abweichende Linienführungen, welche jedoch weiterhin mit einem Fahrzeug betrieben werden können.

Sowohl für eine Direktverbindung der Buslinien 307 und 31 über die Gasometerbrücke mittels Shuttlebetrieb als auch für eine Routenanpassung der Buslinie 307 über die Gasometerbrücke und dann entlang der Linie 31 nach Schlieren ist ein zusätzliches Fahrzeug erforderlich.

Die Kosten dafür betragen:

- Mo – Fr: ca. Fr.340‘000.00 pro Jahr
- Sa: ca. Fr. 60’000.00 pro Jahr
- So: ca. Fr. 60’000.00 pro Jahr

Schlussfolgerung

Aufgrund der Erläuterungen der VBZ zum Nachfragebedürfnis auf der Buslinie 307 und zur Umsetzbarkeit einer Direktverbindung der Buslinien 307 zur Linie 31 über die Gasometerbrücke mittels Shuttlebetrieb und in Anbetracht der hohen wiederkehrenden Jahreskosten kommt der Stadtrat zum Schluss, dass eine allfällige Umsetzung der im Postulat genannten Massnahmen nicht vertretbar ist. Der Stadtrat hat die Linienführung auftragsgemäss überprüft. Er empfiehlt deshalb, das Postulat abzuschreiben.

Antrag an das Gemeindeparlament:

Das Postulat von Jolanda Lionello und sieben Mitunterzeichnenden betreffend Überprüfung der Linienführung von Bus Nr. 307 wird im Sinne von Art. 79 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes als erledigt abgeschrieben.

Behandlung im Gemeindeparlament

Jolanda Lionello (SP) erklärt, dass die gewünschte Linienführung offenbar nicht durchführbar sei. Eine direkte Anbindung der Linie 307 an den 31er-Bus, wie es das Postulat vorschlägt, wurde gar nicht wirklich geprüft. Es scheint, dass vor allem der Wille fehlt, etwas zu ändern. Sie fragt sich, ob je überlegt wurde, den Bus statt über die Ringstrasse direkt über die Engstringerbrücke und dann via Brandstrasse zum Bauhaus fahren zu lassen. Weder die Begründung, dass das neu entstehende Quartier zwischen Wiesenstrasse und Brandstrasse innerhalb von 400 Metern zur nächsten Haltestelle liegt, noch das Argument, dass die Bewohner des Gasiquartiers mit der Linie 307 bis zur Haltestelle Ringstrasse und dann in den 31er Bus umsteigen können, ist nachvollziehbar. Auch die Idee, zuerst praktisch in die Gegenrichtung fahren zu müssen, um ans Ziel zu gelangen, ist alles andere als überzeugend.
Man könnte auch andere Transportunternehmen wie die Post Schweiz, Limmatbus AG oder Fröhlich Reisen AG, welche ganz in der Nähe ebenfalls Linienbusse im Einsatz haben, berücksichtigen. Sie bittet den Rat, das Postulat nicht abzuschreiben und dem Stadtrat die Möglichkeit zu geben, das Buskonzept generell zu überdenken. Anhand eines Situationsplans zeigt sie eine mögliche Linienführung auf:
Linie 307: Bernstrasse – Gasometerbrücke – Zürcherstrasse- Engstringerbrücke – Brandstrasse – Bauhaus – Brandstrasse – Engstringerbrücke – Zürcherstrasse – Grünau

Es liegt ein Gegenantrag auf Belassung auf der Pendenzenliste vor. Die Diskussion ist offen.

Ressortvorsteher Werke, Versorgung und Anlagen Stefano Kunz erklärt, dass er in zwei Punkten der Postulantin Recht gibt. Es ist schade, dass nicht alle Personen in Schlieren optimale Busverbindungen haben und neue Linien können durchaus geprüft werden. Dies hat aber Kosten zur Folge. Der Stadtrat muss also zwischen den Personen, welche den Bus benützen würden, und den Kosten abwägen. Wenn die VBZ den Bus nicht selber betreiben, muss die Stadt alles zahlen. In diesem Fall wären es zwei Busse mit Kosten von ca. 1 Mio. Franken. Für die Leute an der Bernstrasse findet er es durchaus zumutbar, über die Brücke zum 31er Bus zu gehen.

Jürg Naumann (QV) erklärt, dass man in den Unterlagen zur Ortsbus-Volksinitiative eine bessere Linienführung als die vorgeschlagene finden kann. Aus den Empfehlungen des ZVV ist auch eine für die Linie 307 dabei. Der Stadtrat hat dazu gesagt, dass er dies allenfalls einführen möchte. Diese neue Linie kostet die Stadt Schlieren nichts und wird sehr viel abdecken. Auch das Bauhaus und die Sporthalle Unterrohr sind dabei mehr oder weniger berücksichtigt. Dies wäre eine gute Lösung.

Hans-Ulrich Etter (SVP) weist auf die in der Diskussion zum Ortsbus gemachten Äusserungen bezüglich Wendeplatz hin. Dieser müsste dann vermutlich auf dem Parkplatz des Bauhauses sein. An einer Veranstaltung zum 2er-Tram in Altstetten wurde gesagt, dass 1000 Personen pro Tag an einer Haltestelle aus Kostensicht noch immer zu wenig sind. Dies würde hier bei weitem nicht erreicht.

Das Gemeindeparlament beschliesst 20 zu 11 Stimmen:

1. Das Postulat von Jolanda Lionello und sieben Mitunterzeichnenden betreffend Überprüfung der Linienführung von Bus Nr. 307 wird im Sinne von Art. 79 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes als erledigt abgeschrieben.

2. Mitteilung an
   - Abteilung Werke, Versorgung und Anlagen
   - Sekretariat Gemeindeparlament
   - Archiv

54/2014 36.03.10 Postulat von Nikolaus Wyss betreffend "Sicherheit auf dem Bahn-Perron 3/4"
Überweisung

Am 27. Mai 2014 ist das folgende Postulat von Nikolaus Wyss und 10 Mitunterzeichnenden eingegangen:

Sicherheit auf dem Bahn-Perron 3/4

„Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen. wie die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl auf dem Perron 3/4 am Bahnhof Schlieren erhöht werden kann und ob Massnahmen, die andernorts seit Jahren erfolgreich angewendet werden. auch in Schlieren eingeführt werden könnten. Besteht darüber hinaus die Möglichkeit, im Zuge der geplanten Bauarbeiten am Bahnhof Schlieren das Gleisregime so zu überdenken. dass die S-Bahn-Pendlerinnen und Pendler vor durchfahrenden Zügen besser geschützt sind?

Begründung:
Pendlerinnen und Pendler, die auf dem Perron zwischen den Geleisen 3 und 4 auf ihre S-Bahn warten, erleben oft Schrecksekunden, weil unangekündigt plötzlich schwere, lange und vor allem sehr lärmige Güterzüge vorbeibrausen. Die damit verbundenen Windwirbel mit ungesundem Feinstaub erzeugen einen bedrohlichen Sog, dem man sich mit aller Kraft entgegenstemmen muss. Die unterzeichnenden Postulanten halten die Situation auf dem Perron für unzumutbar, vor allem weil sie auch als Zeichen gelesen wird, dass es den SBB wie auch den städtischen Verantwortlichen egal scheint, welchen Umständen und Gefahren die vielen Pendlerinnen und Pendler dort ausgesetzt sind. Angekündigte Vorhaben der SBB scheinen eine gute Gelegenheit, diesem Missstand, mit welchem täglich Abertausende von Schlieremer konfrontiert sind, die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken und Verbesserungen umzusetzen.“

Begründung

Nikolaus Wyss (GLP) freut sich, dass der Stadtrat das Postulat entgegennimmt. Das Postulat weist auf einen Missstand und eine Gefahr hin, von der die Pendler betroffen sind. Er fordert den Stadtrat auf, Kontakt mit der SBB aufzunehmen und Verbesserungen zu initiieren. Da die S-Bahn-Gleise auch für Güterzüge benützt werden, passiert es immer wieder, dass ohne Ankündigung diese mit grosser Geschwindigkeit durch den Bahnhof fahren, die Leute erschrecken, einen Luftwirbel verursachen und auch noch extrem viel Staub, der sicher nicht gesund ist, aufwirbeln. Dies ist eine Zumutung für die Wartenden.
Eine Verbesserung wäre schon, wenn vor den Zügen gewarnt würde. Dies reicht aber nicht. Es sollte möglich sein, dass von den sechs Durchgangsgleisen zwei nur für die S-Bahn benützt werden. So könnte das Gleis 1 nach baulichen Anpassungen reaktiviert werden. Für alle Verkehrsteilnehmer auf der Strasse wird viel für die Sicherheit gemacht. Da sollte auch die Bahn in Bezug auf Sicherheit und Sicherheitsgefühl mithalten. Es gehört auch zu den Aufgaben der Stadt, sich für die Pendler einzusetzen.

Stadtrat Stefano Kunz erklärt, dass der Stadtrat das Postulat entgegennimmt.

Das Gemeindeparlament beschliesst stillschweigend:

1. Das Postulat von Nikolaus Wyss betreffend "Sicherheit auf dem Bahn-Perron 3/4" wird an den Stadtrat überwiesen.

Präsident Sekretär Stimmenzählende